



SIEGFRIED LEHMANN
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Jahnstr. 7 – 78315 Radolfzell

bodenseeland
UNITED INNOVATIONS

78315 RADOLFZELL
Jahnstraße 7
Telefon: 07732 - 972443
Telefax: 07732 - 972444
siegfried.lehmann@web.de
www.siegfried-lehmann.de

An die Redaktion

Büro:
Charlotte Biskup
Rheingasse 8
78462 Konstanz
Telefon: 07531 - 2842620
Telefax: 07531 - 2842621

Öffnungszeiten:
Montag 11 – 16 Uhr,
Mittwoch – Freitag
9.00Uhr – 12.00Uhr

Konstanz, 19.09.2012

Pressemitteilung: „MdL Lehmann warnt vor Mehrbelastungen durch Staatsvertrag zum Flugrecht für die Bodenseeregion!“

Der Konstanzer Landtagsabgeordnete Siegfried Lehmann befürchtet deutliche Mehrbelastungen durch Fluglärm für die Menschen der Bodenseeregion, wenn der vom Bundesverkehrsminister ausgehandelte Staatsvertrag ohne verbindliche Ausführungsbestimmungen zur Reduktion der Fluglärmbelastungen beschlossen wird. „Insbesondere die niedrigeren An- und Abflughöhen und die Tatsache, dass bislang Unklarheit über die zukünftigen Flugrouten über die Bodenseeregion besteht, lassen befürchten, dass es in unserer Region zu enormen zusätzlichen Lärmbelastungen kommen wird.“ Lehmann fordert daher, dass in einer Denkschrift eine Klärung dieser Fragen als verbindliche Ausführungsbestimmungen festgeschrieben wird. „Diese wichtigen Fragen müssen erst lückenlos geklärt und befriedigend beantwortet werden – ansonsten ist dieser Staatsvertrag aus meiner Sicht nicht zustimmungsfähig!“

Nach der Unterzeichnung des Staatsvertrags zwischen der Schweiz und der Bundesregierung Deutschland erhob sich lauter Protest gegen die darin festgeschriebenen Zielsetzungen. „Eigentlich sollte dieser Vertrag eine Befriedung herbeiführen und die lärmgeplagte Region entlasten. Stattdessen muss ich feststellen, dass in vielen Punkten absolute Unklarheit über die Auswirkungen des Vertrags, insbesondere auf die Bodenseeregion, herrscht.“, so der grüne Abgeordnete Lehmann. „Zu Recht zeigen sich die Betroffenen von diesem Regelwerk nicht überzeugt. Die bestehenden Unklarheiten müssen geklärt und ausgeräumt werden, bevor der Vertrag ratifiziert werden kann.“

Lehmann kritisiert insbesondere die Unklarheit über zukünftige Flugrouten. „Der Staatsvertrag lässt offen, welche Flugrouten in Zukunft genutzt werden sollen. Damit ist bislang völlig unklar, welche Region auf deutscher Seite in Zukunft überflogen werden wird.“ Auch die Absenkung der Flughöhen bei An- und Abflug ist nach Ansicht des Konstanzer Landtagsabgeordneten kritisch zu betrachten. „Die niedrigeren Flughöhen werden Konsequenzen für den Raum Konstanz und Friedrichshafen haben. Das neue An- und Abflugregime darf nicht zu mehr, sondern muss zu weniger Fluglärmbelastung führen. Ansonsten darf dem Staatsvertrag im Bundestag und im Bundesrat nicht zugestimmt werden.“ In diesem Zusammenhang sieht der Abgeordnete insbesondere kritisch, dass die Anzahl der Nordanflüge nicht festgeschrieben wurde. „Durch einen entsprechenden Ausbau des Flughafens – bei welchem die deutsche Seite keine direkte Mitsprache haben wird – kann sich die Anzahl der Anflüge durchaus erhöhen. Durch eine Erhöhung der Anflüge und entsprechende Flugrouten kann die ausgeweitete Sperrzeit umgangen werden – dies würde eine zunehmende Belastung der Bevölkerung bedeuten!“

Um zukünftige Nachteile der Region zu verhindern, fordert Lehmann auch mehr Beteiligungsrechte für die betroffenen Gemeinden. „Es darf nicht sein, dass die Schweiz allein die komplette Nordausrichtung des Flughafens und die Anzahl der An- und Abflüge über deutsches Gebiet festlegen kann. Wenn Akzeptanz für den Vertrag bei den Menschen vor Ort erreicht werden soll, dann muss eine zukünftige Mitsprache bereits heute festgeschrieben werden!“

In einem Antrag an die Landesregierung fordert die grüne Landtagsfraktion, die offenen Fragen zu klären und den Vertrag erst nach Klärung dieser zu ratifizieren. „Die verbindliche Klärung über die Inhalte der Denkschrift zum Staatsvertrag sowie über die Entlastung der Bevölkerung von Fluglärm ist die wesentliche Voraussetzung für die Akzeptanz des Vertrages in der Bevölkerung“, begründet der grüne Abgeordnete Lehmann die Initiative.